

XIV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM

FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

Zl. IV-50.004/41-1/75

1010 Wien, den 17. Dezember 1975

Stubenring 1
Telephon 57 56 55

5 /AB

1975 -12- 19

zu 2611

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dr. WIESINGER
und Genossen an die Frau Bundesminister
für Gesundheit und Umweltschutz betreffend
Antiraucherkampagne (Nr. 26/J-NR/1975)

In der gegenständlichen Anfrage werden an mich folgende Fragen gerichtet:

" 1.) Welche konkreten Zusagen haben Sie hinsichtlich der Preisgestaltung bei Zigaretten von den Tabakwerken einerseits und vom Finanzminister andererseits?

2.) Was haben Sie, bzw. werden Sie gegen die aggressive Plakatwerbung für Zigaretten unternehmen?"

In Beantwortung dieser Anfrage teile ich mit:

Zu 1.):

Es bestehen die Zusagen der genannten Stellen, daß bei künftigen Veränderungen der Zigarettenpreise den gesundheitspolitischen Intentionen Rechnung getragen wird.

Ziel dieser Bemühungen wird es sein, die weniger schädlichen, leichteren Zigaretten im Preis gegenüber den schädlicheren, stärkeren Zigaretten zu begünstigen.

Eine derartige grundsätzliche Umstrukturierung des Preissystems kann nur schrittweise erfolgen. Über diese zukünftigen Maßnahmen wird mit allen zuständigen Stellen im Sinne der grundsätzlichen Zusage zu verhandeln sein.

- 2 -

Zu 2.):

Zusätzlich zum Verbot der Radio- und Fernsehwerbung im Rahmen des Rundfunkgesetzes (seit 1. Juli 1973) konnte bisher erreicht werden, daß bei der Werbung, so auch bei der Plakatwerbung, durch die Austria Tabakwerke AG. folgende Einschränkungen zu beachten sein werden:

- Verbot der Verwendung jeglicher gesundheitlicher Argumente;
- Verbot der Darstellung des Inhalierens und des Hinweises auf das Inhalieren;
- Verbot der Darstellung oder Nennung von Prominenten bzw. Wiedergabe von Äußerungen dieser Personen über das Rauchen;
- Verbot der Darstellung von rauchenden oder zum Rauchen auffordernden Leistungssportlern;
- Verbot der Darstellung von Personen, die vom Betrachter für jünger als 30 Jahre gehalten werden können;
- Verbot der gezielten Ansprache von Jugendlichen;
- Verbot der Werbung in öffentlichen Verkehrsmitteln (außer internationale Flugzeuge, Züge, Schiffe).

Außerdem wurde zwischen dem Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz und dem Bundesministerium für Finanzen vereinbart, daß die Austria Tabakwerke AG. in ihrer Unternehmenpolitik im Sinne einer weiteren Förderung der weniger schädlichen Zigaretten zu forcieren haben. Über weitere Einschränkungen der Werbung sind Verhandlungen im Gang.

Der Bundesminister:

